

Helmut Schneider – stellv. Vorsitzender der Fraktion BfA DRV-Gemeinschaft

„Es grenzt schon an ein Tollhaus, was in der Gesundheitspolitik Ende dieses Jahres in Berlin so alles passiert. Dem Gesundheitsministerium fehlt der rote Faden. Herr Storm hat den Zeitstrahl des Einsparungsgesetzes vorgestellt und man kann nur mit dem Kopf schütteln, wie „im Interesse der Bürgerinnen und Bürger Politik gemacht wird“. Ich sage auch klar, das, was die geplanten Einsparungen angeht, dieses Mini-Gesetz, provoziert die Steigerung der Zusatzbeiträge. Und somit ist es auch kein Wunder, dass die DAK-Gesundheit, wie viele andere Krankenkassen auch, erhöhen müssen, damit wir auch in Zukunft die Kostensteigerungen abfangen können. Und wir können im Haushaltsplan für das Jahr 2026 sehen, was sich alles erhöhen wird. Und somit ist die Erhöhung des Zusatzbeitrages eine logische Folgeerscheinung. Gebetsmühlenartig haben wir das auch der Politik vorgetragen und somit ist das nun eine Situation, die traurig ist, und wir hoffen darauf, dass wir so gut vorbereitet sind und die Abwanderungsbewegungen nicht so hoch sind und viele Versicherte sich nicht eine andere Krankenkasse suchen. Wir stehen dabei voll hinter den Aktivitäten der DAK-Gesundheit, die in den nächsten Tagen vorbereitet, durchgeführt und hoffentlich auch greifen werden.

Ein weiteres Thema, dass uns immer wieder ärgert, ist die Diskussion um Glaspaläste der Krankenkassen. Das ist hier kein Glaspalast, sondern eine notwendige Immobilie, die wir brauchen, um vernünftig arbeiten zu können. Wir unternehmen zudem alles, um Kosten zu sparen. 1970 gab es einmal 1.815 gesetzliche Kassen mit 73 Millionen Versicherten, heute sind es noch 94 Krankenkassen. Diese versichern im Jahr 2025 knapp 75 Millionen Versicherte. Das heißt, wir haben weniger Kassen, weniger Personal bei mehr Versicherten! Da kann man uns demzufolge auch keinen Vorwurf machen. Und dies müssen wir auch den Bürgerinnen und Bürgern, auch wenn es zur Erhöhung der Zusatzbeiträge kommt, immer wieder vor Augen führen, dass wir nicht diejenigen sind, die die Kostentreiber sind. Kostentreiber sind Andere. Wir kennen sie alle, indem wir im Haushalt sehen, wo sich die Steigerungen darstellen. An diesen Stellen muss angesetzt werden. Es wurde ja auch soeben bereits angesprochen. Warum müssen wir Mehrwertsteuer auf Arzneien bezahlen. Warum müssen wir das tun, wo bspw. skandinavische Staaten dies nicht einfordern. Hier muss man erneut Initiative zeigen, um diesen Umstand zu beseitigen, um hier Möglichkeiten für Einsparungen zu schaffen.

Was uns derzeit als Fraktion BfA DRV Gemeinschaft auch Sorge macht, sind die Meinungsverschiedenheiten zwischen den gesetzlichen Krankenkassen und den kommunalen Rettungsdiensten in NRW und somit auch in meinem Wohnort Essen.

Entscheidend ist, dass die Bürgerinnen und Bürger, die Menschen in Not sehen, nicht entscheiden können, ob sie mit einem UBER-Taxi fahren können, oder mit einem Rettungswagen. Dass die Verhandlungen zwischen Krankenkassen und Rettungsdiensten nicht dazu geführt haben, dass für die kommenden zwei Jahre vernünftige Verträge auf dem Tisch liegen, ist sehr traurig. Die logische Folge hieraus ist, dass arme Städte in NRW bei ihren Bürgerinnen und Bürgern Gebühren einfordern. Ich möchte einen Appel an uns alle richten, dass wir uns dafür einsetzen, dass es wieder zu Vereinbarungen kommt, die für die kommenden zwei Jahre fix sind, und es für die Betroffenen dabei auch nicht zu Zuzahlungen kommt, die bis zu ca. 276 Euro betragen können. Die Stadt Essen hat bereits eine entsprechende Gebührenordnung erlassen und weitere Städte in NRW denken zumindest darüber verstärkt nach. In anderen Bundesländern ist das kein Thema. Dort gibt es entsprechende Vereinbarungen

Ein weiteres Problem sind aus unserer Sicht die hohen Kosten für unsere Versicherten in den Pflegeheimen. Hier liegen die Gesamtkosten in Deutschland weit auseinander. In Wilhelmshaven muss man derzeit 2.288€ zahlen, in Essen 3.640€ und in München 3.375€. Diesen „Preisunterschied“ kann man den Betroffenen und ihren Verwandten nicht mehr plausibel erklären. Die Bewohner können diese hohen Beträge auch nicht durch Pflegeversicherung und eigener Rente/Einkommen bezahlen, sie werden so zu Sozialhilfeempfängern. Eine traurige Entwicklung für ein reiches Industrieland. Ein „Tourismus“ hin zu den günstigsten Pflegeheimen in Deutschland, darf es nicht geben. Auch dies ist ein Thema, das wir im kommenden Jahr erneut aufnehmen sollten, dass es möglichst hierbei zu Veränderungen kommen kann. Der Politik müssen wir wiederum dabei klar und deutlich vernünftige Pläne vorlegen, zu welchen Veränderungen es kommen muss.

In diesem Sinne wünschen wir Allen ein friedvolles Weihnachtsfest, einen guten Rutsch ins Jahr 2026.“